

## Steuerpolitische Programme 2005

CDU/ CSU	SPD	FDP	Grüne
<p>01.01.2006</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Abschaffung Verlustverr. bei Fondsmodellen</li> <li>• Erhöhung Besteuerung von Beteiligungsveräußerungen von Kappgesellsch.</li> <li>• Stundung/Erlass der Erbst. bei Unternehmensfortführung von 10 Jahren</li> <li>• Anhebung Buchführungsgrenzen</li> <li>• Anhebung Grenze Ist-Best. auf 1 Mio. Euro</li> <li>• Anhebung USt von 16% auf 18%</li> </ul> <p>01.01.2007</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Senkung ESt: Eingangss. 12 %; Spitzensatz 39 %; Grundfreibetrag 8.000</li> <li>• Abschaffung Steuerfr. SFN-Zuschläge</li> <li>• Abschaffung degressive AfA</li> <li>• Reduzierung Pendlerpauschale</li> <li>• Abgeltungsst. auf Kap Erträge</li> <li>• Senkung KSt-Satz auf 22%</li> <li>• Gewerbesteuer bleibt</li> </ul> <p>Ziele id Legislaturperiode:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• neues Steuergesetzbuch für Einkommen- und Unternehmensteuer</li> <li>• einheitl. Best. Personen und Kapitalges.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Senkung KSt-Satz auf 19% (aufkommensneutral)</li> <li>• Anhebung Anrechnungsfaktor der Gewerbesteuer auf die ESt 2,0</li> <li>• Erbschaftsteuer: Erleichterung Betriebsübergabe bei KMU</li> <li>• Absetzbarkeit privater Erhaltungs- und Modernisierungsaufwendungen: 20 % max. 3.000 Euro, befristet auf 2 Jahre</li> <li>• rechtsform- und finanzneutrale Unternehmenssteuer</li> <li>• Erhalt der Gewerbesteuer</li> <li>• erhöhte Einkommensteuer (+3%) für Einkommen ab 250.000 Euro (Ledige) bzw. 500.000 Euro (Verheiratete)</li> <li>• Umgestaltung private Erbschaftsteuer, Ziel: erhöhte Besteuerung für große Erbschaften</li> <li>• Abbau steuerlicher Subventionstatbestände</li> <li>• Festhalten an Steuerfr. SFN-Zuschläge</li> <li>• Harmonisierung von Bemessungsgrundlage und Mindeststeuersätze für Unternehmen in EU</li> <li>• keine Anhebung der USt</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ersatz der Gewerbesteuer: Erhöhung Anteil der Kommunen an Umsatzsteuer plus Zuschlag auf Einkommen- und Körperschaftsteuer</li> <li>• Einkommensteuer 15%, 25%, 35%</li> <li>• einheitliche Spitzenbelastung von 25% für Personenunternehmen und Kapitalgesellschaften: KSt 25%, ESt max. 25%</li> <li>• Einführung Abgeltungssteuer von 25%</li> <li>• Stundung/Erlass betrieblicher ErbSt bei 10 jähriger Betriebsführung</li> <li>• Abschaffung Vermögensteuer</li> <li>• Abbau von Ausnahmen und Vergünstigungen</li> <li>• keine Anhebung der USt</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Trennung von Unternehmen und Privatpersonen in der ESt</li> <li>• stärkere Besteuerung von Spitzeneinkommen</li> <li>• Abbau von Steuervergünstigungen</li> <li>• Bekämpfung Steuerflucht (Betriebsverlagerung ins Ausland)</li> <li>• Bekämpfung USt-Betrug</li> <li>• Ausweitung Mindestbesteuerung</li> <li>• stärkere Besteuerung von privaten Vermögen und privaten Erbschaften</li> <li>• Verschärfungen bei der Gewerbesteuer (Ausbau gewinnunabhängiger Elemente)</li> <li>• keine Anhebung der USt</li> </ul>

DIHK:

- + durchgehende Senkung des Einkommensteuertarifs
- + Abgeltungsteuer auf Kapetr (Zinsen, Dividenden)
- + Erbschaftssteuer - Unternehmenskontinuität sichern
- Erhöhung Umsatzsteuer auf 18%
- Mehrfachbesteuerung von Veräußerungsgewinnen
- Senkung der KöSt auf 22%, weniger als Vereinbarungen des Jobgipfels
- Abschaffung degr. AfA
- lediglich vage Ankündigung einer rechtsform- und finanzierungsneutralen Unternehmensbesteuerung
- Zementierung der Gewerbesteuer.

DIHK:

- + keine USt-Erhöhung
- + deutliche Senkung der KöSt auf 19%
- Erhalt GewSt
- „Reichensteuer“: Sonderbelastung der Leistungsträger
- investitionsförderndes und international wettbewerbsfähiges Unternehmenssteuersystem nicht in Sicht
- anderen EU-Ländern Mindeststeuersätze aufzwingen wollen

DIHK:

- + keine USt-Erhöhung
- + Einkommensteuerreform-Ziel: Flat tax
- + Unternehmensbesteuerung international Wettbewerbsfähig machen
- + Abgeltungssteuer
- + starke Steuervereinfachung
- Finanzierung umstritten

DIHK:

- + keine USt-Erhöhung
- durchweg steuerliche Mehrbelastungen, wie z.B. Ausweitung der Mindestbesteuerung
- Vermögensteuer auf private Vermögen
- Verschärfung GewSt